

Eupen, den 14.12.2021

Rede

(21-22)- Haushalt OB 40

Sehr geehrte Damen und Herren,

"Die Presse muss die Freiheit haben, alles zu sagen, damit gewissen Leuten die Freiheit genommen wird, alles zu tun!", sagte der 1992 verstorbene französische Journalist und Politiker Louis Terrenoire einmal.

Bewusst zitiere ich dieses Zitat von Louis Terrenoire ein zweites Mal um erneut auf gewisse Missstände aufmerksam zu machen.

Viele Menschen haben das Gefühl, dass Sie in den Fernsehnachrichten von ARD und ZDF, La UNE und RTBF, in Zeitungen und Nachrichtenportalen häufig die gleichen Sichtweisen auf ein Thema finden.

Ja, Andersdenkende werden immer öfter als Verschwörungstheoretiker verunglimpft oder in die Ecke der "Rechten" gedrückt.

Man hat tatsächlich den Eindruck, dass Nachrichtenanbieter zu einem Haltungsjournalismus übergegangen sind, um die Leser von einer politischen Sichtweise zu überzeugen. Eine kritische Diskussion verschiedener Meinungen zu Regierungsmaßnahmen findet nahezu nicht mehr statt.

Nehmen wir das Beispiel zu den letzten Demonstrationen gegen das CST und gegen die Impfpflicht im Pflegesektor.

Eine Demonstration ist zuerst einmal, nicht wie von einigen Mitmenschen behauptet, ein Aufruf zur Gewalt. Nein, ganz im Gegenteil, es geht darum, auf Missstände aufmerksam zu machen. Mehr nicht. Dass Demonstrationen auch unterwandert werden können, ob von rechts oder von links, sollte aber nicht abschrecken vom Versammlungs- und Demonstrationsrecht unserer Demokratie Gebrauch zu machen.

Wenn eine Demonstration wegen einiger Randalierer in Teilen der Presse aber in eine "rechte Ecke" gedrückt wird, dann haben wir ein Problem mit der freien Meinungsäußerung (ich spreche hier nicht von unseren Medien in Ostbelgien).

Damit Demokratie funktioniert, brauchen wir unabhängige Medien denn die großen Nachrichtenportale kommen ihrer Rolle der vierten Gewalt immer weniger nach.

Ich zitiere einen ganzen Artikel aus dem BRF zu der zweiten Demo in Brüssel: "Nach Schätzungen der Polizei haben am Sonntag in Brüssel 8.000 Menschen an der Demo gegen die

Corona-Politik teilgenommen.

Die Demo verlief nur zeitweise chaotisch und aggressiv. Zum Ende der Demo nahmen die Menschen verschiedene Richtungen ein. Ein Großteil der Demonstranten verhielt sich ruhig, während ein anderer auf Konfrontationskurs mit der Polizei ging. Die Polizei musste Wasserwerfer gegen eine kleine Gruppe Krawallmacher einsetzen.

Die Veranstalter bezeichneten die Demo als „Marsch für die Freiheit“. Die Teilnehmer, darunter auch Feuerwehrleute, protestierten gegen das Covid-Safe-Ticket und eine Impfpflicht für das Pflegepersonal. "

Der Artikel ist neutral und sachlich.

Was fehlt, ist aber eine kritische Auseinandersetzung, im Sinne von : Waren dort wirklich nur 8000 Demonstranten ? Weshalb kam es eigentlich an einigen Stellen zu Ausschreitungen ?

Grundsätzlich gilt :

Voraussetzung für eine gute Reportage ist, dass der Journalist Vorort ist oder eine vertrauenswürdige Person vorort ist. Eine Recherche vom Schreibtisch aus reicht nicht, denn eine Reportage ist im Grunde eine Schilderung erlebter Geschehnisse als Beobachter/Teilnehmer.

Und wenn dies so gehandhabt würde und der eine nicht vom anderen abschreiben würde, würde der Blickwinkel auf die Ereignisse vielfältiger.

Eine unabhängige und freie Presse ist wesentlicher Bestandteil jeder demokratischen Gesellschaft und sie muss unabhängig von der Kontrolle durch Regierung und Politik sein.

Trotz allem muss die Frage erlaubt sein, wo die unterschiedliche Berichterstattung geblieben ist. Hier geht es nicht darum, Meinungen und Spekulationen zu vermischen, sondern darum, sich mit Themen kritisch auseinanderzusetzen.

Wir wünschen uns vielfältigen Journalismus, dessen Aufgabe es ist, über Themen zu schreiben oder zu berichten und ein Thema grundsätzlich facettenreich zu beleuchten.

Der BRF wird zum überwiegenden Teil aus Steuergeldern finanziert und erhielt 2021 etwa 6,4 Millionen Euro. Angesichts dieser Kosten darf der Bürger eine dies erwarten .

Schade ist, dass der BRF während der Flutkatastrophe nicht in der Lage war, Mitarbeiter aus dem Urlaub abzurufen um über die verheerende Jahrhundertkatastrophe mit Bildern angemessen zu berichten. Die Bevölkerung musste auf ausländische Sender wie WDR Aachen oder auf frankophone Alternativen wie VEDIA, RTBF und RTL-TVI zurückgreifen.

Eine Flexibilität in Krisenzeiten hätten wir uns auch vom BRF gewünscht.

Journalisten müssen heute schnell sein um von der Konkurrenz nicht abgehängt zu werden. Diese Entwicklung haben wir uns weder gewünscht, noch ausgesucht.

Wir wissen, wie schwierig es ist in der heutigen Welt seriösen Journalismus zu betreiben. Die Gesellschaft ist von Schnelllebigkeit geprägt und dieser Wandel zeigt sich auch hier. Die Anforderungen an Journalisten sind enorm, denn um ihr Handwerk zu beherrschen brauchen sie immer mehr Kenntnisse in technischen und themenspezifischen Bereichen. Wir respektieren und schätzen diese Arbeit. Trotzdem hatten wir in Zeiten von Krisen mehr erwartet.

Der Kultursektor

Nein Frau Ministerin, wir werden heute nicht den Kultursektor kritisieren, wir möchten hier nur klarstellen, dass wir das in der Vergangenheit auch nicht grundsätzlich getan haben.

Sie warfen mir vor, mich vom Kulturskeptiker zum Verfechter der kulturellen Freiheit zu profilieren, dabei ging es in der Vergangenheit um gewisse elitäre Einrichtungen, die finanziert durch unsere kleine DG doch sehr teuer sind. Kritisiert haben wir auch ein Überangebot an kulturellen Angeboten in Schulen. Angesichts der schwierigen Lage durch die Corona-Massnahmen werden wir heute darauf verzichten.

Das Grenzecho titelte am 5.11.21 : "Kultur muss die Polarisierung abfedern". Es ging um das CST und dass aufgrund der aktuell geltenden Beschränkungen in Belgien das Konzert der Hühner nicht stattfinden konnte. Fakt war, dass das CST die Durchführung des Konzerts zwar ermöglicht hätte, dass die Einführung des CST aber viele Menschen abgeschreckt hat.

Laut Serge Pütz von der VoG Friends of Entertainment sieht es so aus, dass junge Leute sich an das CST gewöhnt haben und einfach feiern wollen.

So ist es, weil diese Gruppe sich folgender Gefahr nicht bewusst ist :

Ich zitiere aus " covidrationnel.be"

"Die Ausweitung des "Covid Safe Ticket" (CST) bietet wenig Sicherheitsgarantien, sondern führt zu einer gespaltenen Gesellschaft, einer Gesellschaft der Kontrolle.

Die Ausweitung des CST ist schädlich. Es gibt immer weniger schwere Formen und Krankenhauseinweisungen pro Fallzahl und es gibt seit Januar 2021 keine registrierte Übersterblichkeit in Belgien mehr. Das CST ist daher der aktuellen Situation nicht angemessen. Und auf jeden Fall ist es selbst im Falle eines erneuten Ausbruchs ein Instrument, das sein Ziel verfehlt und gleichzeitig Kollateralschäden verursacht, weshalb es nicht eingesetzt werden sollte."

Es wäre zu begrüßen, wenn Sie sich die Seite von covidrationnel.be ansehen würden, wo unabhängige Wissenschaftler zu ganz anderen Schlussfolgerungen kommen, als die Staatsvirologen.

Dass man mit einem CST den Kultur- und Horeca-Sektor in die Knie zwingt und auf der anderen Seite dann wieder durch Zuschüsse unter die Arme greift ist nicht mehr tragbar.

Das Arbeitsamt der DG

Im Bereich Allgemeine Dienste wurden mehr Mittel vorgesehen. Einerseits seien die Personalkosten wegen Auszahlung einer Homeoffice-Prämie sowie der Einstellung von zwei zusätzlichen Referenten in den Bereichen Kommunikation und Informatik gestiegen. Insgesamt erhöhten sich die Personalkosten um 73.000 Euro.

Wer von zu Hause arbeitet, hat höhere Kosten – für Strom, Heizung oder Büroausstattung. Einige Firmen beteiligen sich daran, zum Beispiel mit einem Bonus am Jahresende. Das Homeoffice ist für viele Arbeitnehmer auch eine finanzielle Belastung.

Doch nur eine Minderheit von Unternehmen ist bereit, einen Teil der zusätzlichen Kosten zu übernehmen oder ihren Mitarbeitern eine einmalige Corona-Prämie zu zahlen, somit bleibt ein Großteil der Arbeitnehmer auf den Kosten sitzen. Weshalb hier Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes schon wieder Vorteile gegenüber dem Privatsektor haben sollten, leuchtet uns nicht ein und dem können wir auch nicht zustimmen.

Es ist der Staat der diese Maßnahmen erlassen hat, der im Falle von Home-Office dann auch für die Mehrkosten aufkommen müsste und zwar für alle und nicht nur für einen privilegierten Teil der Bevölkerung.

Aufgrund der Corona-Krise konnten weniger Schulungen und Ausbildungen durch das ADG organisiert werden.

Was auf den ersten Blick nicht so dramatisch klingt hat Auswirkungen auf die Ausbildungseinrichtungen und auf die Teilnehmer. Wenn auch gewisse Angebote online durchgeführt werden können und konnten, so hat dies Konsequenzen.

Lobenswert hervorzuheben ist, dass das Arbeitsamt der DG im Laufe der Krise immer erreichbar war, das kann sicherlich nicht jede Institution von sich behaupten. Leider hört man aus Gesprächen, dass man für die Zukunft zweigleisig fahren will d.h. digitale Angebote und Gespräche. In der Folge bedeutet dies, dass ein fein aufeinander abgestimmtes hybrides System entwickelt werden soll.

Es mag ja sein, dass gewisse Angebote tatsächlich digital stattfinden können und vielleicht auch eine Chance für die Zukunft bieten. Im großen und ganzen setzt sich aber einfach " die soziale Distanzierung" fort, dessen Konsequenzen wir in der Zukunft wohl noch zu spüren bekommen werden.

Die Kundentypologie: Mit diesem neuen Prozess versucht man, sich von den Schubladen, in die die Arbeitsuchende gesteckt werden, zu entfernen.

Die Kriterien, die zur Einschätzung des Profils herangezogen werden, sollen objektiv sein und auf administrativen Fakten beruhen. Durch ein frühes Erstscreening wird dann eingeschätzt welche Art der Teilhabebehemmnisse vorliegen: Diese könnten von Gesundheit, Abschluss, Mobilität und Motivation reichen und durch dieses Screening kann dann theoretisch der Arbeitssuchende zu den bestehenden Angeboten gelotst werden.

Auf der einen Seite hört sich dieses Projekt sehr theoretisch an, trotzdem kann man die Motivation und das Ziel dahinter erkennen, nämlich Langzeitarbeitslose wieder in die Arbeitswelt zu integrieren und für jede offene Stelle den richtigen Mitarbeiter zu finden. Bewerten kann man dies natürlich noch nicht.

Mit 44 % ist ein Großteil der Arbeitslosen niedrig qualifiziert. Die Hälfte der Arbeitslosen sind Langzeitarbeitslose.

Problematisch ist auch die Gruppe der Langzeitarbeitslosen über 50 Jahren, die 54% ausmachen. In absoluten Zahlen sind das 235 Personen. Bei den unter 25-jährigen gibt es 283 Arbeitssuchende.

Somit hat sich seit 2019 nichts an der Situation am Arbeitsmarkt getan, wobei man angesichts der Corona-Krise noch von Glück sprechen kann.

Die Anzahl Pendler nach Luxemburg und Deutschland verschärfen zudem den Fachkräftemangel in Ostbelgien. Vor allem nach Luxemburg stieg die Anzahl der Pendler von 4220 auf 4320. Aber auch Deutschland ist immer noch ein wichtiger Arbeitgeber für die ostbelgische Bevölkerung mit 4850 Pendlern.

Oftmals wird auch davon berichtet, dass ein Unternehmer sein Herzblut in die Ausbildung eines Auszubildenden gesteckt hat, der dann - aus finanziellen Gründen - nach Deutschland abwandert und weil er dort zudem in multinationalen Firmen bessere Karrierechancen hat.

Im Grunde hat jede Grenzregion mit diesem Ungleichgewicht zu tun und es wird Zeit mit dem Föderalstaat in Dialog zu treten.

Positiv zu werten sind die Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen der KAP, der KPVDB und die Berufsausbildungen im Unternehmen (IBU)

Insgesamt befanden sich aber nur 918 Personen in einer Ausbildung , was einem Rückgang von 18 % entspricht.

Wir haben es mit einem Fachkräftemangel zu tun, davon ist auch ganz spezifisch die Pflege betroffen. Es ist daher nicht nachvollziehbar , dass gerade in diesem Bereich die

Weiterbildungsmaßnahmen wegen der Corona-Pandemie einfach ausgesetzt wurden. Anstatt die Pflege aufzuwerten und zu fördern wurde also das Gegenteil getan.

Ebenfalls wurde die Maurergrundausbildung unterbrochen, was zu einem Rückgang der Teilnehmerzahl geführt hat.

Wir können dem Haushalt des OB 40 so nicht zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Diana Stiel
Vivant-Fraktion